

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI/51

16. März 1971

Die Linie ist wieder klar

Konsolidierung der SPD in München und Bayern

Von Volkmar Gabert MdL

SPD-Landesvorsitzender von Bayern und Mitglied
des SPD-Bundesvorstandes

Seite 1 / 44 Zeilen

Vor dem dritten Ostvertrag

Beginn der Verhandlungen mit der
Tschechoslowakei

Seite 2 / 44 Zeilen

Heinemann in Südamerika

Eine wichtige Reise des Bundespräsidenten

Seite 3 und 4 / 70 Zeilen

Grenzen der Fairneß einhalten

Ein Wort zur politischen Stil in der BRD

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestags-
fraktion und Vizepräsident des Deutschen
Bundestages

Seite 5 / 41 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Haussallee 2-10
Postfach: 8153
Frauenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 81 37 - 36
Telex: 896 848/896 847/
896 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Linie ist wieder klar

Konsolidierung der SPD in München und Bayern

Von Volkmar Gabert MdL

SPD-Landesvorsitzender von Bayern und

Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Nach dem Wochenende des 13. und 14. März 1971 können sich die Pendel an den Uhren der Münchner und auch der bayerischen Sozialdemokratie wieder einspielen. Hans-Jochen Vogels persönlicher und politischer Einsatz hat nicht nur im Ergebnis die Möglichkeit eröffnet, von München aus die Weichen wieder so zu stellen, daß der Kurs nicht in einer Sackgasse endet, sondern politisch vernünftig zum Gewinn oder Bestand sozialdemokratischer Führungsverantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden führt. Diese bewußte Konfrontation der vergangenen Wochen hat darüber hinaus auch die Fronten in der theoretischen Diskussion und im Verständnis der Partei als politischem Einflußinstrument offen sichtbar und verständlich gemacht.

Dieser Bewußtwerdungsprozeß war überfällig und er bleibt ja auch nicht auf München beschränkt. In weiten Teilen der Mitgliedschaft der SPD hatte sich bereits Unruhe und Unsicherheit über die Verwirrung in der politischen Zieldiskussion breitgemacht. Das hat die Handlungsfähigkeit und auch Handlungsbereitschaft der Organisation spürbar beeinflusst. Soweit ist aber schon bis heute klar geworden: Vorstände auf allen Ebenen der Partei müssen sich gerade angesichts dieses Zustandes wieder mehr auf ihre qualifizierte Verantwortung besinnen. Natürlich wird die volle Bandbreite der geistigen Auseinandersetzung in der SPD erhalten bleiben. Es wird keine Hysterie und keine Kommunistenschnüffelei geben, wobei wir allerdings unmißverständlich feststellen, daß die Grenze beim Mißbrauch dieser Freiheit und allen Versuchen liegt, die Partei unzufunktionieren.

Schließlich zeichnet sich auch für Bayern insgesamt eine im Kern schon vergangenes Jahr eingeleitete außerordentlich positive Entwicklung ab. Die Bereitschaft Hans-Jochen Vogels, noch vor der Landtagswahl 1974 für den Landesvorsitz zu kandidieren, ermöglicht nach meiner bis dahin zehnjährigen Tätigkeit in diesem Amt einen nahtlosen Übergang und wird die nach Dr. Vogels Erklärung vom 18. Februar 1971 anfängliche Schadenfreude der CSU rasch in schale Ernüchterung umschlagen lassen.

—/ex/16.3.1971/ks

Vor dem dritten Ostvertrag

Beginn der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei

Schon Ende März, aber nur für die Öffentlichkeit überraschend, werden in Prag die ersten konkreten Vorverhandlungsgespräche zwischen den Regierungen der BRD und der CSSR über den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages beginnen: des dritten in der Serie der Ostverträge. Für Bonn wird, was schon seit längerer Zeit bekannt ist, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Paul Frank, die Delegation leiten. Sein Prager Gesprächspartner wird aller Voraussicht nach der stellv. Außenminister Dr. Milan Klausák sein, ein Schwiegersohn des Staatspräsidenten General a. D. Svoboda.

Beide Seiten haben sich seit Jahr und Tag auf diese Gespräche und die vermutlich unmittelbar daran anschließenden Verhandlungen sorgsam vorbereitet. Das Auswärtige Amt kann sich dabei auf die Vorgespräche stützen, die der heutige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, noch in der Zeit des Staatspräsidenten Novotný geführt hatte, und auf solide Vorarbeit, die das zuständige AA-Referat unter Frau Dr. R. Finke-Osiander geleistet hat.

Für beide Seiten, für Bonn und für Prag, ist das Bemühen festzustellen, diese Verhandlungen endlich zu beginnen. Sie sind ungeachtet der Tatsache, daß keine Grenzfragen zu verhandeln sind, dennoch ebenfalls unter emotionalem Druck, wie das vor allem während der Warschauer Vertragsverhandlungen der Fall gewesen war. Die im Vergleich zu den ostdeutschen Landsmannschaften ungleich straffer organisierte Sudeendeutsche Landsmannschaft, die allerdings nur einen Teil der in der BRD lebenden rd. zwei Millionen Sudeendeutsche erfaßt, hat soeben erst wieder durch ihren Sprecher, den CSU-Abg. Dr. Walter Decher, ein markantes Veto eingelegt, das durch den ostpolitischen Sprecher der Unionfraktion, den CDU-Abg. Dr. Werner Marx, hart unterstrichen worden ist.

Staatssekretär Frank und seine Delegation gehen also an eine ebenso schwierige wie diffizile Arbeit, wenn sie jetzt, freilich ohne jeden Zeitdruck, versuchen werden, die heute noch offenen Fragen zunächst einmal soweit zu klären, daß für die notwendigen Antworten für beide Seiten genügend Spielraum bleibt. Das Kardinalproblem ist bekannt: Die Frage, ob das von Hitler erzwungene und dann kurz darauf gebrochene "Münchener Abkommen" so, wie die Tschechoslowaken es wollen, "von Anfang an ungültig" oder, wie der deutsche Standpunkt lautet, "ungültig und von Anfang an ungerrecht" ist. Die Lösung dieses Zentralproblems einschließlich der Regelung aller Folgen ist die Kardinalcrux der deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen. Man wird, im beiderseitigen Interesse, hoffen und erwarten dürfen, daß man sich nicht daran festheißt. Der politische Sachverstand sieht Lösungsmöglichkeiten, die auch völkerrechtlich fundiert werden können und zudem jede Diskriminierung auch von Einzelpersonen ausschließen. (ee/ae, 16.3.1971/ks)

Heinemann in Südamerika

Eine wichtige Reise des Bundespräsidenten

Auf der Liste der Länder, die Bundespräsident Dr. Dr. Gustav W. Heinemann auf seiner zehntägigen Lateinamerika-Reise besuchen wird, stehen Venezuela, Kolumbien und Ekuador, drei Staaten, die, obwohl voneinander verschieden, doch von den gemeinsamen Problemen dieses Subkontinents geschüttelt werden - die Nöte einer Bevölkerungsexplosion, die für einen Europäer unvorstellbare Spannweite zwischen Massenarmut und einseitig verteiltem Reichtum sowie die daraus resultierenden gesellschaftlichen Konflikte, die Hunderte von Millionen Menschen in revolutionärer Unruhe halten und den Subkontinent in seiner Grundfesten erschüttert. Der Bundespräsident kommt nicht mit Rezepten. Das wäre eine für jeden Deutschen unangemessene Rolle, die ihm nicht zusteht. Der frühere Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard hatte einmal versucht, den Südamerikanern als Ausweg aus ihren ungeheueren Schwierigkeiten die von uns praktizierte Soziale Marktwirtschaft zu empfehlen. Er kam schlecht mit diesem Rat an, weil aus solcher Empfehlung eine totale Verkennung der dortigen Gegebenheiten sprach, und weil auch, so wurde es empfunden, ein Hochmut gegenüber kulturbewussten Völkern durchklang.

Gustav Heinemann, Repräsentant der neuen deutschen Demokratie, liegt solcher Hochmut fern. Er kommt als ein Mann guten Willens, begierig nach unmittelbarer Information, und als ein Fragender. So will er wissen, wie diese Staaten mit dem noch immer weit verbreiteten Analphabetentum fertig werden, welche Rolle die Kirchen im Bildungswesen und bei der Überwindung sozialer Spannungen spielen, welche Probleme sich aus der raschen Industrialisierung und der Verteilung des wachsenden Einkommens ergeben, und wie es um einen Jugendaustausch zwischen Lateinamerika und der Bundesrepublik Deutschland steht. Es sind Fragen, denen man selbst bei bösestem Willen keinen "imperialistischen" Beigeschmack oder gegen irgendjemanden gerichteten Tendenzen zuerkennen kann. Sie kommen von einem Freund, der sich der Ängste unserer Zeit bewußt ist, und sie kommen von einem berufenen Vertreter eines Landes, das in der Organisierung eines gesicherten Weltfriedens sich in Übereinstimmung

mit allen weiß, die um den Bestand der Menschheit bangen. Die lateinamerikanischen Staaten wissen, daß sie ihre Probleme nicht lösen können, wenn zwischen den Supermächten dieser Welt das Wettrüsten anhält. So haben sie auf ihrem Boden Produktion, Lagerung und Anwendung aller atomarer Waffen verboten, eben in der Erkenntnis, daß dem unheilvollen Wettlauf auf diesem Gebiet ein Ende zu setzen ist. Das allein schon schafft neben einem steigendem Handelsaustausch Solidaritätsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika, die es allerdings noch auszubauen gilt. Hier ergibt sich auf manchen Gebieten eine gemeinsame Interessenlage.

Bundesaußenminister Walter Scheel wird den Bundespräsidenten auf seiner Reise begleiten und dabei in doppelter Eigenschaft wirksam werden - als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und damit als Vertreter eines Mitgliedstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, von deren Dynamik auch Südamerika berührt wird; ohne daß, was wohl betont werden muß, Anti-USA-Akzente gesetzt werden. Scheel wird seinen Gastgeber zu sagen haben, daß die EWG kein Selbstzweck ist und nicht nur den eigenen Interessen ihrer Mitglieder dient, sondern daß sie sich vornehmlich als eine dem Ausgleich, dem Frieden und der Entspannung fördernde Kraft zwischen den Supermächten betrachtet, die, alles in allem genommen, solchen Ausgleichs bedürfen, um nicht in eine Katastrophe weitweiten Ausmasses hineinzuschliddern. Scheels Aufgabe wird es auch sein, das hier und da bestehende Mißbehagen Lateinamerikas gegen die EWG-Handelspolitik abzubauen und atmosphärische Verbesserungen zu erreichen.

Der Besuch des Bundespräsidenten und des Bundesaußenministers erfolgt in einer Zeit, die voller quälender Unsicherheiten und rasanter Entwicklungen ist, in der die Welt immer mehr zusammenwächst und sich als eine Einheit empfindet, und in der wir als Deutsche und Europäer manches dazu beizutragen vermögen, Nebel von Ungewissheiten und Voreingenommenheit zu beseitigen. Diese Reise wird also nicht ohne Früchte bleiben. (cx/ex/16.3.1971/bgy)

Grenzen der Fairneß einhalten

Ein Wort zum politischen Stil in der BRD

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion
und Vizepräsident des Deutschen Bundestages

In der politischen Auseinandersetzung wird sicherlich nicht immer nur mit dem Florent gekämpft, und der erfahrene Beobachter der Szene wird daher gewiß Verständnis dafür haben, daß die Streiter in der Hitze des Wortgefechts auch einmal zum schweren Säbel greifen. Ebenso ist es jedermann klar, daß ein bewußtes oder gar systematisches Überschreiten der Grenzen politischer Fairneß, dem insbesondere die SPD sich leider nicht selten ausgesetzt sah, nicht nur dem gerade Betroffenen schadet, sondern auch geeignet ist, das Ansehen der Demokratie in den Augen der Bürger herabzusetzen.

Daß rechtsextreme Gruppen und Publikationen die Mißachtung der Regeln politischen Anstands gezielt als Mittel zur Diskreditierung des von ihnen abgelehnten politischen "Systems" einsetzen, entspricht der bereits in der Weimarer Republik angewandten Methode, wie sie in ideologisch kodifizierter Form ja auch von kommunistischer Seite immer wieder praktiziert wird. Seit geraumer Zeit haben wir es nun mit jener neuen Version politischer Sprachverderbnis, des rüden Tons und fragwürdiger politischer Umgangsformen zu tun, die von radikalen Gruppen der APO ihren Ausgang nahm. Neu sind hier weniger die äußeren Verhaltensweisen oder das erstaunlich unkritisch übernommene, nur durch affektierten Gebrauch halbgarer soziologischer Terminologie aufgepolierte "klassenkämpferische" Vokabular als die im Grunde naive Vorstellung, man könne sich auf diese Weise als "progressiv" ausweisen. Offensichtlich glaubt man also an die "systemüberwindende" Wirksamkeit schlechten politischen Stils.

All dies ließe sich vielleicht mit einer gewissen ironischen Distanz betrachten, wenn wir nicht feststellen müßten, daß ein solches Verhalten auch außerhalb der APO Schule zu machen beginnt. Wenn z.B. ein führender Repräsentant der Jungsozialisten äußert, außer Wehner und Brandt sei im Präsidium der SPD "alles andere eine reaktionäre Masse", so wird damit die Grenze des Erträglichen zweifellos überschritten.

Der Münchner Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel hat anläßlich seiner Wahl zum Vorsitzenden des Unterbezirks München erklärt, daß Menschlichkeit an die Stelle von unduldsamen Fanatismus treten müsse. Wir sollten das gerade auch in den Formen politischer Auseinandersetzung beherzigen. Anstand im Umgang mit Menschen gehört zu den guten Traditionen der SPD, die es zu wahren gilt, wenn uns die Erhaltung der Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Grundsätze am Herzen liegt.

(-/ex/16.3.1971/ks)